

Der Schritt scheint noch zu gross

Gescheitert Die Gemeinden der Region Wil können sich noch nicht auf ein gemeinsames Flächenmanagement verständigen. Trotz nationalem Standortwettbewerb muss weiterhin jede Gemeinde für sich selber schauen.

Hans Suter
hans.suter@wilerzeitung.ch

Die Zielsetzung schien einfach und einleuchtend: Die Gemeinden der Region Wil gründen gemeinsam eine Gesellschaft mit dem Ziel, bei sich bietender Gelegenheit Land und Liegenschaften für Gewerbe und Industrie zu erwerben und später an geeignete Interessenten zum Selbstkostenpreis zu verkaufen. Das benötigte Kapital von vorzugsweise mehreren Millionen Franken würden die Gemeinden kostenneutral vorschliessen. Der Vorteil dieser Gesellschaft läge insbesondere darin, dass sie, wie ein Unternehmen, schnell und unkompliziert entscheiden könnte, ohne politische Hürden wie eine

«Es war ein mutiges Projekt, in dieser Form war es sogar einmalig. Vielleicht ist die Zeit noch nicht reif dafür.»

Stefan Frei
Präsident der Fachkommission
Wirtschaft der Regio Wil

Bürgerversammlung oder Urnenabstimmung durchführen zu müssen. Im hart umkämpften Standortwettbewerb könnte das ein entscheidender Vorteil sein.

Dazu kommt es nun aber nicht: In der Vernehmlassung wurde das Projekt verworfen und wird nun «auf Eis gelegt», wie sich Stefan Frei ausdrückt. Der Jonschwiler Gemeindepräsident war als Präsident der Fachkommission Wirtschaft der Regio Wil massgebend an der Projektentwicklung beteiligt.

Angst vor zu hoher Komplexität

Welche Gründe führten zu dieser ablehnenden Haltung? Aufgrund der Stellungnahmen ortet Stefan Frei die Hinderungsgründe vor allem im juristischen und regulatorischen Bereich. «Die meisten Gemeinden kennen die aktive Bodenpolitik kommunal im Bereich der Wohnbedürfnisse, eher selten aber im Bereich Gewerbe und Industrie», sagt er. «Ich habe den Eindruck, vielen Gemeinden geht es heute noch zu weit, in diesem Bereich Kompetenzen an eine Organisation abzugeben.» Diese Haltung scheint auf den ersten Blick gut nachvollziehbar, steht aber im Widerspruch zur Standortförderung an sich. Denn es ist kein kommunales, sondern zumindest regionales, vielmehr noch aber ein kantonales und nationales Thema.

«Ich bin überzeugt, dass sich viele noch nicht bewusst sind, wie



Stefan Frei empfiehlt den Gemeinden dringend, aktive Bodenpolitik zu betreiben und nach Möglichkeit Landflächen zu kaufen. Bild: Urs Bänziger

sich die Bedingungen ändern werden», sagt Stefan Frei und erinnert an die eidgenössische Abstimmung vom 3. März 2013: «Das Volk hat Ja gesagt zu einer strengeren Raumplanung.»

Wie geht es nun weiter? «Es war ein mutiges Projekt, in dieser Form war es sogar einmalig. Vielleicht ist die Zeit noch nicht reif dafür», sagt Frei und gibt die Hoffnung nicht auf. Bis dahin empfiehlt er Gemeinden, selber aktive Bodenpolitik zu betreiben. Zudem fordert er dazu auf, für die Vermittlung von Industrie- und Gewerbegebieten mit der Regio Wil zusammenzuarbeiten.

Aktive Bodenpolitik

Wenn Gemeinden selber Boden erwerben und bewirtschaften, spricht man von aktiver Bodenpolitik. Dies erlaubt Gemeinden, angestrebte Entwicklungen konsequent zu verfolgen und unerwünschte Entwicklungen zu verhindern. Bei den Objekten kann es sich sowohl um unbebaute als auch um bebaute Grundstücke handeln. In der Vergangenheit wurde die aktive Bodenpolitik vor allem zur Förderung von Wohnbauten eingesetzt. In zunehmendem Mass wird das Instrument auch für Gewerbe- und Industrieliegenschaften angewendet. Häufig ist dann von Flächenmanagement die Rede. (pd)